

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- Georg Rammer: **Krieg gegen Flüchtende**
- Jean-Paul Pougala: **Die Lügen hinter dem Krieg des Westens gegen Libyen**
- Armin Siebert: **Horst Teltschik: "Ich verstehe das Misstrauen der Russen"**
- Armin Siebert: **Willy Wimmer: "Der Westen hat sich verzockt."**
- Willy-Brandt-Kreis: **Der europäische Frieden ist in Gefahr!**
- DWN: **Frühere US-Geheimdienstler warnen Merkel vor Säbelrasseln gegen Russland**
- DWN: **Wagenknecht rechnet mit Merkel ab: „Was ist denn das für ein Irrsinn!“**
- Erhard Eppler zum Umgang mit Russland
- Verfassung vom Volk: **Wie steht es um unsere Demokratie?**
- Bruno S. Frey: **Macht Demokratie glücklich?**
- Gabriel Hetland: **Wie schlimm ist Venezuelas Krise?**
- Wolfgang Effenberger: **Die EU - ein transatlantischer Spaltpilz**
- Ariel Noyola Rodríguez: **Der Pétroyuan, die große Wette Russlands und Chinas**

Zitate des Monats von [Jean Ziegler \(2012 im Interview\)](#)

**Wir leben unter der Weltdiktatur der Finanzoligarchien,
die haben eine Macht, wie sie nie ein Kaiser oder Papst gehabt hat.
Die Normativkraft des Nationalstaats, des demokratischen Rechtsstaats,
die schmilzt wie ein Schneemann im Mai.**

Daher sagt [Joachim Gauck](#):

Die Eliten sind gar nicht das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.

Was [Bertold Brecht](#) kontert:

Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?

- Georg Rammer: **Krieg gegen Flüchtende**

Mitleidlos, mit gnadenloser Härte bekämpft die EU die Menschen, die vor Krieg und Elend geflohen sind. Sie verletzt dabei Werte, die sie zu verteidigen vorgibt. Den Tod Tausender nimmt sie billigend in Kauf, um weitere Flüchtende abzuschrecken. Der [Kampf der Kriegsschiffe gegen Schlauchboote](#) verdeutlicht die Heuchelei der EU, die sich dabei auf Menschenrechte und demokratische Grundwerte beruft.

Die deutsche Bundesregierung als treibende Kraft hinter der Abschreckung versucht, rechtsradikalen Gruppen den Wind aus den Segeln zu nehmen, und will nicht die Geistesverwandtschaft erkennen, die zwischen dieser Politik und rassistischen Parolen besteht. Dabei wäre eine Lösung der Flüchtlingsprobleme langfristig nur unter Bedingungen möglich, die laut Autor wie ein Märchen klingen: Rücknahme der ungleichen "Freihandelsabkommen" wie EPA (Economic Partnership Agreement), Widerruf der "Strukturanpassungsprogramme", die zahlreichen Ländern vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank aufgezwungen wurden, Verbot von Landraub, verbindliche Regeln für schonenden Umgang mit Ressourcen und Klima, Verfolgung aller Politiker durch den Internationalen Strafgerichtshof, die andere Länder militärisch angreifen und gegen Völkerrecht verstoßen, und vieles andere mehr.

[Georg Rammer](#), als Psychologe 35 Jahre in Kinder- und Jugendhilfe, Publizist, engagiert sich bei Attac gegen Armut, Ungleichheit und Menschenfeindlichkeit. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jean-Paul Pougala: **Die Lügen hinter dem Krieg des Westens gegen Libyen**

In dem 2011 erschienenen Artikel wird deutlich, dass insbesondere [der Krieg des Westens gegen Libyen aus egoistischen Interessen gespeist](#) war und unter dem falschen Vorwand, die Demokratie bringen zu wollen, erfolgte.

Dem Westen missfiel, dass sich 45 afrikanische Länder zusammen fanden, um letztlich ohne Hilfe des Westens und seiner Instrumente eigene Kommunikationssatelliten zu installieren, und dazu technologische Unterstützung von Russland und China erhielten. Libyen war der Hauptgeldgeber.

Dem Westen missfiel, dass es afrikanischen Staaten gelang, einen Afrikanischen Währungsfonds zu gründen, und sich der Westen nicht beteiligen durfte. Der Afrikanische Währungsfonds soll zusammen mit der Afrikanischen Investmentbank die Aktivitäten des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Gänze ersetzen und damit die Zwänge des IWF abschaffen. Zudem signalisierte die Einrichtung der Afrikanischen Zentralbank, dass der Zugriff Frankreichs auf Afrika beendet ist, sobald diese Zentralbank eigenes Geld herausgibt. Libyen hatte wesentlichen Anteil am Zustandekommen dieser Einrichtungen.

Der Westen versuchte vergebens die Afrikanische Union durch ihre Projekte einer Mittelmeer-Union (UPM) und einer westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) zu Fall zu bringen. Da Gaddafi durchschaute, dass mit UPM Nordafrika vom Rest Afrikas abgeschnitten werden sollte, weigerte er sich mitzumachen. Die größtenteils EU-finanzierte ECOWAS arbeitet gegen die Afrikanische Union.

Gaddafi half auch dem südafrikanischen ANC im Kampf gegen die Apartheid. Nelson Mandela dankte ihm, indem er Gaddafi nach seiner Haft trotz UN-Embargo besuchte. Das brachte Mandela Kritik aus Washington ein, die er souverän konterte. Mandela wurde erst 2008 zu seinem 90. Geburtstag von der Liste gefährlicher Terroristen gestrichen.

Kommunikation miteinander und untereinander als wesentliche Voraussetzung für eine Demokratie brauchte der Westen nicht nach Libyen bringen. Eher hätte der Westen, wo man sich so wenig kennt, dass sich viele gar nicht mehr grüßen, in Libyen etwas dazu lernen können.

Afrika sollte nach Meinung des Autors aus der UN austreten, um sich nicht mehr an der vom Westen dominierten Politik der Vernichtung der Schwächeren zu beteiligen - und erst wieder eintreten, wenn dies mit einer stärkeren Position verbunden ist, um dann mit Würde und Respekt behandelt zu werden. Als Beispiel gilt China, das erst wieder in die UN eintrat, als es das Veto-recht zuerkannt bekommen hatte.

[Jean-Paul Pougala](#), Kameruner Experte für afrikanische Geostrategie und Direktor des Instituts für Geostrategische Studien. (Persönliche Angaben am Ende des Artikels. Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Armin Siebert: **Horst Teltschik: "Ich verstehe das Misstrauen der Russen"**

In einem Gespräch mit Armin Siebert verdeutlicht Horst Teltschik (unter Kanzler Helmut Kohl Leiter der Abteilung Außenpolitik im Bundeskanzleramt), dass das [Verhältnis zu Russland in den 90er Jahren deutlich besser](#) und ein europäisches Zusammenwachsen unter Einbeziehung Russlands auf einem besseren Stand war, als dies heute der Fall ist.

Natürlich habe Russland auch Fehler gemacht, aber die Ansätze für ein solches Zusammenwachsen seien vom Westen nicht weiter verfolgt und russische Vorschläge dazu nicht aufgegriffen worden. Mittlerweile mache Putin klar, dass der Westen in vielen Punkten vom Verhalten Russlands abhängig ist.

[Armin Siebert](#), Journalist und Musikwissenschaftler, der sich mit Osteuropa befasst. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Armin Siebert: **Willy Wimmer: "Der Westen hat sich verzockt."**

Kanzlerin Merkel macht in ihrer Regierungserklärung zum NATO-Gipfel Russland verantwortlich für die Vertrauenskrise. Willy Wimmer, ehemaliger Staatsminister für Verteidigung und Vizepräsident der OSZE, äußert im Interview, es sei unerhört, dass im 75. Jahr nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion wieder aggressive Töne gegenüber Russland angeschlagen werden und versucht wird, Russland durch eine neue Mauer, die von den baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer reicht, zu isolieren und damit Europa zu spalten. Die Aktivität dazu gehe wie beim Irak von den angelsächsischen Staaten aus.

[Wimmer hofft, dass Deutschland wieder den Weg zurück zur Charta von Paris findet](#), die vorsieht, dass Europa zu einem Territorium des Friedens, des Völkerrechts, der Menschenrechte und der guten Zusammenarbeit wird.

[Inhalt](#) ↑

- Willy-Brandt-Kreis: **Der europäische Frieden ist in Gefahr!**

Die Unterzeichner dieses Papiers sehen angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in Osteuropa den [europäischen Frieden in Gefahr](#) und haben daher zum Warschauer NATO-Gipfel diese Erklärung abgegeben. In dieser fordert der Kreis, die NATO-Russland-Grundakte neu zu beleben sowie die substantiellen Gespräche des NATO-Russland-Rates wieder aufzunehmen und mit Russland praktikable Mechanismen der Risikobegrenzung und eine Bestandssicherung der Rüstungskontrolle zu vereinbaren.

Des Weiteren sei ein mit Russland vereinbartes europäisches Frühwarnsystem und eine Festlegung von Obergrenzen bei Manövern und eine frühzeitige Anmeldung geplanter Manöver erforderlich. Es seien schnellstmöglich Verhandlungen über den gegenseitigen Abzug der taktischen Atomwaffen aufzunehmen. Das Raketenabwehrprogramm sei zu stoppen und mit Russland der Dialog über kooperative Lösungen in der Frage der Raketenabwehr wieder aufzunehmen sowie Gespräche über die Zukunft der strategischen Stabilität zwischen den USA und Russland zu initiieren.

Zudem seien die Sanktionen, die eine vertrauensfördernde wirtschaftliche Zusammenarbeit stören, schrittweise aufzuheben und eine Verbesserung im Dialog und in der Zusammenarbeit anzustreben. Darüber hinaus sollten kontinuierliche OSZE-Beobachtungsflüge, die für Transparenz, Vertrauensbildung und Krisenstabilität wichtig sind, über dem syrisch-türkischen Grenzgebiet und in den kurdischen Gebieten vorgesehen sowie die Rüstungskontrolle in Europa wieder mit neuem Leben gefüllt werden.

Die Bundesregierung solle laut [Willy-Brandt-Kreis](#) auf dem NATO-Gipfel ein deutliches Zeichen der Entspannungsbereitschaft und Zusammenarbeit setzen.

[Inhalt](#) ↑

- Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: **Frühere US-Geheimdienstler warnen Merkel vor Säbelrasseln gegen Russland**

Auch ehemalige US-Geheimdienstler forderten von Bundeskanzlerin Merkel in einem [Appell, beim NATO-Gipfel auf die Bremse zu steigen](#). Russland verfolge aktuell keine aggressiven Absichten, während der US-Präsident nur eine geringe Kontrolle über einige hohe US- und NATO-Gene-

räle habe. Die Geheimdienstler erinnern an Hitlers "Unternehmen Barbarossa" und loben ausdrücklich die maßvolle Position von Bundesaußenminister Steinmeier.

Der Artikel steht leider nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: **Wagenknecht rechnet mit Merkel ab: „Was ist denn das für ein Irrsinn!“**

In einer Bundestagsrede nach einer Regierungserklärung von Angela Merkel wirft Sarah Wagenknecht der Bundeskanzlerin vor, eine [Politik des Irrsinns](#) zu betreiben. Dazu gehören die deutsche Beteiligung an "martialischen Kriegsübungen" an der russischen Grenze, die deutschen Militärausgaben drastisch erhöhen zu wollen und die NATO-Osterweiterung mitzutragen. Vielmehr sollte sich die Bundesregierung dringend für eine eigenständige europäische Außenpolitik in der Tradition der Entspannungspolitik und natürlich auch für die Ersetzung der US-dominierten NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands einsetzen.

Der Artikel steht leider nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Erhard Eppler zum Umgang mit Russland

"Wer als Deutscher über Russland und seine Menschen redet, auch über seine Politiker, seinen Präsidenten, muss [im Gedächtnis haben, was heute vor 75 Jahren begann](#). Dann wird jede verletzende Arroganz verfliegen und sich das Bedürfnis regen, wenigstens einen Bruchteil des Horrors wieder gutzumachen." So Erhard Eppler in seinen Gedenkworten anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion durch das Dritte Reich. Eppler fordert zum Gespräch mit Russland auf, z.B. darüber, wie sich ein Wettrüsten durch Rüstungsbegrenzung und Entmilitarisierung auf beiden Seiten verhindern lässt. Oder darüber, wie sich eine unzeitgemäße Spaltung des Kontinents verhindern lässt.

[Inhalt](#) ↑

- Verfassung vom Volk: **Wie steht es um unsere Demokratie?**

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Unsere Welt wird von einer Finanzwirtschaft gesteuert und geplündert. Diese Finanzwirtschaft hat ihre Mittel ursprünglich aus der produktiven Wirtschaft geschöpft, sich diese aber inzwischen untergeordnet. Die Politiker sind in den Strukturen des aktuellen Systems eingeklemmt: Sie spüren oder verlieren sofort ihr Amt. So ist die vollkommene Privatisierung der Strukturelemente unseres Gemeinwesens nicht aufzuhalten.

Demonstrationen von Hunderttausenden können gegenwärtig nichts mehr ausrichten, da ihnen die Politiker nicht mehr nachgeben können. Neue Parteien helfen nicht, da auch diese dem Zwang des gegebenen Systems unterworfen sein werden.

Die [Initiative 'Verfassung vom Volk'](#) zeigt aus diesem Problem einen Weg auf: Wir, das Volk als Souverän, müssen die Haltung als Bittsteller aufgeben und handeln, indem wir uns das bestehende Grundgesetz in den Rang einer Verfassung (Art. 146 GG) heben. Dabei werden darin gleichzeitig drei wichtige Zusätze verankert: Volksentscheide und Volksbefragungen, sowie die dauerhafte Herstellung der Souveränität des Volkes über die Verfassung.

Dieser [Weg zu einer direkten Demokratie und dezentralen Selbstverwaltung](#) soll in einem friedlichen und kooperativen, schrittweisen Handeln erfolgen. Dieser Weg ist noch nicht vollständig ausgestaltet und es werden noch Mitstreiter mit bestimmten Qualifikationen gesucht, um das Konzept tragfähig zu machen. Den Weg über den Widerstand empfiehlt die Initiative nicht, da dabei die Gefahr der Gewalt nicht auszuschließen ist.

Die Initiative möchte so ein Gemeinwesen erreichen, in dem Freiheit die Verantwortung für den Anderen mit einschließt und die eigene Freiheit aufhört, wo die Freiheit des Anderen verletzt wird. Damit gibt es kein Ruinieren des Mittelstandes, keinen Land- oder Ressourcenraub und keinen Missbrauch des Sozialstaates mehr. Der Begriff "Volk" soll nicht im ethnischen Sinn gelten, sondern als die Gemeinschaft derer, die sich die neue Verfassung gegeben haben, optimieren und bewahren wollen.

Es lohnt sich den [Vortrag von Heinz Kruse \(Video, 1h12\)](#) anzuhören und auf der Internetseite der Initiative spazieren zu gehen, auch wenn man nicht voll mit allen dortigen Äußerungen übereinstimmt und das Grundgesetz in der heutigen Fassung (vor allem Art. 23) nicht mehr bedingungslos unterstützen möchte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bruno S. Frey: **Macht Demokratie glücklich?**

Die [direkte Demokratie als Regierungs- und Gesellschaftsform entspricht dem Menschen am meisten](#). Sie schafft nachhaltig Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit und bietet den Bürgern die Möglichkeit direkter politischer Mitgestaltung und Einflussnahme. Sie wirkt sich positiv auf das Befinden der Menschen aus und ist für andere Völker attraktiv. Dies hat eine wissenschaftliche Untersuchung 2009 zutage gefördert.

Bruno S. Frey ist Professor für Verhaltenswissenschaft an der Universität Warwick (UK) und untersucht schon seit Jahren die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Politik und Ethik.

Freys Studien zur direkten Demokratie lassen aufhorchen und verdienen eine breite Diskussion - nicht nur bzgl. der Schweiz (Red.).

[Inhalt](#) ↑

- Gabriel Hetland: **Wie schlimm ist Venezuelas Krise?**

Versinkt Venezuela in einem alptraumhaften Szenario, wie es die Berichte internationaler Medien suggerieren? Die Schilderungen dutzender Menschen – Reiche und Arme, Chavistas (Anhänger von Chavez) und Oppositionelle, in Stadt und Land, quer durchs Land – lassen wenig Zweifel daran, dass sich [Venezuela in einer schweren Krise](#) befindet.

Die Inflation ist dreistellig (370%), grundlegende Güter wie Lebensmittel und Medikamente sind knapp, durch Mangel veränderte Konsumgewohnheiten lassen sich allorts beobachten, die soziale und politische Unzufriedenheit wächst und entlädt sich in sporadischen Plünderungen. Trotzdem stellen die Mainstream-Medien das Ausmaß der Krise verzerrt und übertrieben dar, wie der Autor in vielen Punkten nachweist. Die Krise, von der Arbeiter und Arme am stärksten betroffen sind, ist real und soll keinesfalls heruntergespielt werden, aber Venezuela befindet sich nicht in einem Zustand eines verheerenden Zusammenbruchs.

Im ganzen Land herrscht eine wachsende, allgemeine Sorge, aber auch wenn die Menschen mit der Regierung nicht zufrieden sind, unterstützen sie nicht die neoliberale Opposition, die ihnen ebenso wenig wie die Regierung konkrete Lösungen für die Probleme Venezuelas anzubieten hat. Die Menschen finden, die Führung kenne die aktuellen Leiden und Sorgen der Menschen nicht.

Statt imperiale Interventionen zu befeuern, die einen notwendigen Wandel der Wirtschaftspolitik (weg von der chronischen Abhängigkeit vom Öl) nur erschwert, sollte die internationale Gemeinschaft, einschließlich der ausländischen Journalisten, ernsthaft daran arbeiten, genaue Informationen über die schlimme, aber nicht apokalyptische Situation zu veröffentlichen, mit der Venezuela konfrontiert ist.

[Gabriel Hetland](#) ist Assistenzprofessor für lateinamerikanische-, karibische und US-Latino-Studien an der Universität von Albany (USA). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Effenberger: **Die EU - ein transatlantischer Spaltpilz**

Wolfgang Effenberger stellt Paul Craig Roberts vernichtende Analyse über EU und NATO, die als [böartige Institutionen die Souveränität der europäischen Völker zerstören](#) und die US-Aggressionen ermöglichen, in den historischen Kontext.

1949 wurde auf der Basis der Kommandozentralen PACCOM und EUCOM die NATO mit dem Ziel gegründet, um "die Russen draußen, die US-Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten". Noch im gleichen Jahr wurde von der NATO der erste Kriegsplan gegen Russland verabschiedet.

Am 09.05.1950 wurde die Erschaffung einer europäischen "Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) angekündigt. Hinter diesem Plan stand ein Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern,

Industriellen und Spekulanten. Maßgeblich beteiligt waren der Schattenstrategie John Foster Dulles und der Initiator Jean Monnet. Dulles war Mitbegründer des "Council on Foreign Relations", Mitglied der "Rockefeller Foundation" und Berater für Reparationszahlungspläne, für Unternehmen und Banken. Er vertrat eine Politik der massiven Abschreckung. Die EGKS sollte der Abschaffung der Nationen Europas dienen.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands absorbierte die NATO viele ehemalige Sowjetrepubliken, was Russland als Bedrohung sieht. Diese Sicht wird bestätigt durch ausgedehnte Manöver an Russlands Grenze und Drohgebärden, wie der von Polens Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung [Anaconda] ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."

In dieser Situation erinnert Effenberger an den gleichen Prozess, der während des Ersten Weltkriegs im Gange war. Nachzulesen ist dieser in Christopher Clarks "Die Schlafwandler". Clark beschreibt "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Russland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war. ... Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neocons, alle agitieren sie schwer für den Krieg".

Spätestens seit 2008 sind für Effenberger hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus sei nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.

Der Autor wünscht sich, dass der Brexit Anlass ist, einen Neustrukturierungsprozess hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft einzuleiten, die Russland einbezieht.

[Wolfgang Effenberger](#); Jahrgang 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen und erhielt als junger Pionieroffizier Einblick in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte der Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Er lebt als freier Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Ariel Noyola Rodríguez: **Der Pétroyuan, die große Wette Russlands und Chinas**

Nach den Wirtschaftssanktionen, die Russland von den USA und der EU auferlegt worden waren, sind Moskau und Peking auf dem Gebiet der Energieversorgung starke Verbindungen eingegangen, die den Welt-Erdölmarkt radikal verändert haben. Der weltweit größte Verbraucher, China, ist vertraglich geregelter Kunde des weltweit drittgrößten Lieferanten, der China fast fünfmal mehr liefert als Saudi-Arabien. [Abgerechnet wird mit dem Yuan](#).

Aufgrund der westlichen Wirtschaftssanktionen vermeiden Russland und China den Dollar und den Euro für gegenseitige Wirtschafts- und Finanztransaktionen, wie z.B. bei chinesischen Krediten für den Bau von Pipelines und Gasverflüssigungsanlagen. Es ist davon auszugehen, dass für China der Bezug von Öl gegen "Petro"yuan auch gegenüber Saudi-Arabien möglich sein sollte. Das wäre der Anfang der "Ent-Dollarisierung" der Weltwirtschaft. Die Wirtschaftssanktionen des Westens haben Russlands Stellung auf dem Öl- und Gassektor gestärkt.

[Ariel Noyola Rodríguez](#), mexikanischer Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Global Research in Kanada. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.